

NEIN zur Zusammenlegung des Sozialdienstes

Wir stimmen ab über die Vorlage des Sozialdienstes des Bezirks Pfäffikon am 24. November. Es geht um die Zusammenlegung aller Geschäftsbereiche in Pfäffikon, in einem eigens dafür umgebauten und eingerichteten Gebäude. Schon 2020 mussten wir dafür an die Urne. Alle 10 Gemeinden haben mit rund 70 % Nein das Vorhaben abgelehnt. Zu grossspurig, zu luxuriös und zu teuer war der Grund für diese klare Ablehnung.

Das genau gleiche Projekt steht wieder zur Abstimmung, das gleiche Haus von gleicher Grösse, die gleichen Räume. Neu ist lediglich, dass der Innenausbau durch den Zweckverband selbst als Investition (Total rund 700'000 Franken) bezahlt wird und dadurch die Miete etwas gesenkt wurde. Und der Keller mit Archiv ist nun auch etwas günstiger geworden. Noch immer sind zu viele Einzelbüros und zu viele Besprechungs- und Sitzungsräume geplant. Andere, auch soziale, Verwaltungen haben sich längst neu orientiert aufgrund der neuen, digitalen Arbeitsweisen. Die kantonale Verwaltung hat deutlich sparsamere Vorgaben beschlossen und umgesetzt. Zudem steht im vom Zweckverband bestellten Gutachten von FEDERAS: (Zitat) «Ein Klient des Sozialdienstes besucht selten die Geschäftsstelle und nicht mobile Klienten werden vor Ort besucht», somit wird die Behauptung der Behörde, die vielen Einzelbüros seien wegen der Diskretion bei Gesprächen notwendig, scheinheilig. Die Hälfte der Mitarbeitenden sind für Rechnungs- und Versicherungswesen und Sekretariatsarbeiten angestellt und haben keine Klientengespräche.

Das wirklich ärgerliche an dieser Vorlage ist aber, dass der Zweckverband Sozialdienst nach der Ablehnung von 2020 absichtlich und im Wissen um die Unrechtmässigkeit mit dem Ausbau und Bezug einer «ersten Etappe» Fakten geschaffen hat, die nun glauben machen, der zweite Schritt sei unumstösslich. Dass die Behörde absichtlich unrechtmässig gehandelt hat ist anhand der Protokolle bewiesen, der Bezirksrat hat dies ebenfalls festgestellt und die Stimmrechtsbeschwerde gutgeheissen.

Das darf nicht hingenommen werden. Dem Zweckverband ist klar aufzuzeigen, dass die Umgehung der Gesetze durch die Behörden nicht geht. Ein NEIN zum überrissenen Projekt ist die einzig richtige Antwort zu solch unverhohlener Missachtung des Volksentscheides. Der Sozialdienst soll ein vernünftigeres, vertrauenswürdiges Projekt erarbeiten und vorlegen.

Viktor Liechti, Pfäffikon